

Der Libanonkrieg 1975-1990
Vergleich zwischen den politischen Gründen für seinen Ausbruch und
Verlauf und der aktuellen Situation

Vortrag am CNMS, 17. September 2008

Abdel-Raouf Sinno (Lebanese University Beirut)

In meinen Studien zwischen 2002 und 2006 sowie zuletzt in meinem vor zwei Monaten veröffentlichten Buch „Der Libanonkrieg: Staatszusammenbruch und gesellschaftliche Umbrüche“, war ich skeptisch, ob das Ta'if-Abkommen aus dem Jahre 1989 zu einer Verschmelzung zwischen den Libanesen führen kann. Ich kam zu der Überzeugung, dass sich die Koexistenz der Libanesen immer noch zwischen gegensätzlichen Polen abspielt, und zwar Einigkeit und Streitigkeit. Der Grund dafür liegt in dem konfessionell-politischen System der Machtverteilung, dessen politischer Klasse, sodass eine nationale Identität kaum eine Chance hat zu existieren. Außerdem litt und leidet der Libanon unter seiner geopolitischen Lage und ist dadurch zu einem Konfliktfeld ausländischer Mächte geworden. Schließlich befand sich schon vor dem Bürgerkrieg die Gewalt außerhalb der Staatssouveränität. Alle genannten Faktoren schwächen die Autorität des Staats gegenüber dem Ausland, dem libanesischen Volk und über dem libanesischen Territorium; der libanesischen Gesellschaft mangelt es an Zusammenhalt in der Vergangenheit und in der Gegenwart.

In meinem Vortrag werde ich versuchen, die Vergangenheit mit der Gegenwart zu vergleichen, um zu beweisen, dass die Konfliktfaktoren damals und heute immer noch die gleichen sind. Selbstverständlich unterscheiden sie sich in Einzelheiten und in Ergebnissen. Ich werde mich mit dem konfessionell-politischen System auseinandersetzen und den Mangel an nationaler Identität verdeutlichen sowie auf die herrschende politische Klasse, die in der Vergangenheit für den Ausbruch des Kriegs, auch für die aktuelle politische Situation, verantwortlich war/ist. Auch werde ich auf die Schwäche des Staats und der Armee eingehen. Schließlich werde ich versuchen zu erklären, warum der Libanon bis heute ein Konfliktfeld ausländischer Mächte darstellt.

Der Konfessionalismus: Damals und heute

Es trifft wahrscheinlich zu, dass das konfessionell-politische System Libanons die Hauptursache für alle seine Krisen ist, die in der Vergangenheit stattfanden und auch heute stattfinden. Seit der Gründung des Groß-Libanon 1920 verstärkte sich der politisch-gesellschaftliche Konfessionalismus, als der neue Staat verschiedene Religionsgruppen mit unterschiedlichen sozio-politischen und geschichtlichen Erfahrungen zu vereinen versuchte. Anstatt dass der Konfessionalismus gemäß der Verfassung provisorisch betrachtet, und der Nationalpakt von 1943 als Übergangsperiode zur nationalen Einheit pluralistischer Gesellschaft führte, verstärkte sich der Konfessionalismus, weil die politische Macht und die Ämter proportional zu den Religionsgemeinschaften verteilt wurden. Dies verursachte eine dauerhafte Spannung aufgrund der veränderten muslimischen Demographie, die nur durch die Konsens-Demokratie bis Mitte der 1960er Jahren unter Kontrolle gebracht

werden konnte. Die militärische und politische Präsenz der Palästinenser im Libanon führten schließlich zu scharfen konfessionellen Auseinandersetzungen in Bezug auf die Haltung Libanons gegenüber dem arabisch-israelischen Konflikt. Die Muslime sahen ihre arabische Identität in der Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung verkörpert, und darüber hinaus verknüpften sie die Realisierung ihrer arabischen Identität mit ihrem Einfluss auf die politischen Entscheidungen gegenüber den Maroniten. Auf der anderen Seite lehnten die Maroniten diesen Versuch als Bedrohung und als eine kulturelle oder politische Absorbierung Libanons in einer arabischen Einheit ab, und fürchteten ihre Privilegien und ihren Einfluss zu verlieren. So haben all diese Faktoren dazu beigetragen, das Land in einen Bürgerkrieg zu verwickeln, der 15 Jahre gedauert hat.

Nach dem Scheitern des Nationalpakts, die genannten Probleme zu beseitigen, lehnten die Christen wie die Muslime während des Kriegs eine Säkularisierung des Staates und Gesellschaft ab. Es gab allerhand Pläne zur Aufteilung oder Föderalisierung des Staats oder zur Umwandlung in eine Mehrheitsdemokratie, die dann wohl muslimisch dominiert wäre. Ohne ausländischen Rückhalt waren all diese Pläne gescheitert. Nach dem Ta'if-Abkommen 1989 hofften viele Libanesen auf ein Ende des Konfessionalismus und eine schrittweise Einführung eines zivilen oder säkularen Systems gemäß des „Dokuments der Nationalen Verständigung“. Diese Hoffnung ging aber nicht in Erfüllung und bewies, dass die libanesische Gesellschaft noch nicht für diesen Schritt bereit war. Auch die Syrer, die den Libanon vom zweiten Golfkrieg 1991 bis zum Jahre 2005 unter ihrer Obhut hatten, fürchteten, dass eine Abschaffung des konfessionellen Systems die nationale Einheit verstärke und dadurch ihren Einfluss im Libanon schwächen würde.

So konsolidierte sich der Konfessionalismus bis zum syrischen Abzug aus dem Libanon 2005 in Staat und Gesellschaft, und war in der Troikapolitik ganz deutlich. Nach 2005 nahm die konfessionelle Spaltung noch dramatisch zu. Mit dem Doha-Abkommen und der Rückkehr zum Wahlgesetz vom 1960 gewann der Konfessionalismus an Stärke. Das Wahlgesetz schenkte den kleinen Wahlkreisen große Bedeutung, sodass die Anhänger jeder Konfessionsgemeinschaft nun Abgeordnete ihrer Konfession wählen können. Tatsächlich könnten größere Wahlkreise oder der Libanon als ein einziger Wahlbezirk die nationale Einheit fördern. Aber die Abwesenheit echter demokratischer Verhältnisse und die Missachtung der Rechte der Minderheiten tragen zur Stärkung der konfessionellen Überzeugungen der Christen bei.

Eines der Merkmale der heutigen Streitigkeiten ist, dass man in der Mehrheits- und Minderheitskoalition Libanesen aus verschiedenen Religionsgruppen findet. Der aktuelle Konflikt verlagert den Streit also in die Religionsgruppen hinein. Er findet am schlimmsten zwischen Schiiten und Sunniten, aber auch zwischen Drusen und Drusen und Christen und Christen statt. Falls der Interessenkonflikt zwischen Christen und Muslimen von der Bewegung des 14. März in den Hintergrund rückte, d.h. Entwaffnung Hizbullah und Eindämmung des syrischen Einflusses im Lande, dann werden die christlich-muslimischen historischen Widersprüche wieder in den Vordergrund rücken, vor allem um die Macht und die Befugnisse des Staatspräsidenten. Diesen ungelösten Widersprüchen entsprangen im Krieg verschiedene Aufteilungsprojekte und gingen nie in Erfüllung. Heute sprechen maronitische Führer vom Föderalismus als endgültiger Lösung für die missliche Lage Libanons. Hizbullah seinerseits versucht, vermehrt Boden zu kaufen, mit dem Ziel, die schiitischen Ortschaften miteinander zu verbinden. Verfolgt Hizbullah das Ziel, einen schiitischen Staat zu gründen? Ist die Durchführung dieses Projektes ohne

ausländische Zustimmung möglich? Oder versucht sie ihren Einfluss im Staat auszubauen?

Das konfessionelle System damals und heute war der Hauptgrund für die dauerhaften Streitigkeiten. Es ist wahr, dass der Nationalpakt diese Streitigkeiten bis Mitte der sechziger Jahre eindämmen konnte. Aber die Allianz zwischen Muslimen, den Linken und den Palästinensern und das gleichzeitige Beharren der Maroniten auf der Beibehaltung ihrer Privilegien und nicht zuletzt das syrische Vorhaben im Libanon waren Grund genug für den Ausbruch des Kriegs. Aus all diesen Gründen scheiterten im Laufe des Krieges alle Versuche der Libanesen, ihre Probleme selbst zu überwinden.

Als das Ta'if-Abkommen die Macht des maronitischen Staatspräsidenten zugunsten des sunnitischen Premierministers, des Ministerrats, und des schiitischen Parlamentssprechers einschränkte, gaben die Maroniten aufgrund der Zersplitterung ihrer Lager zwischen 1988 und 1990 nach. In den folgenden Jahren klagte die Mehrheit von ihnen über die syrische Hegemonie und die missbräuchliche Durchführung des Ta'if-Abkommen, insbesondere die von Syrien diktierten Wahlgesetzen und die Troikapolitik. Der maronitische Patriarch Sfeir selbst, einer der ersten Befürworter des Ta'if-Abkommen, klagte über die Schwächung der christlichen Wählerstimmen in den Wahlen von 2005 durch die islamische Viererallianz. Das erklärt, warum die Bewegung von Qurnat-Schihwan, zumeist Maroniten, seit 2002 auf dem Rückzug der Syrer aus dem Libanon bestand, und General Michael Aoun die christlichen Stimmen in den Wahlen 2005 erntete. Aoun nutzte die Marginalisierung der Christen, die Frage der Befugnisse des maronitischen Staatspräsidenten und die Ablehnung der Besiedlung der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon für seine Wahlvorhaben, bis hin zur Verständigung mit der Hizbullah aus.

Die politische regierende Klasse: Die alte Klasse in neuen Formen

Im Rahmen eines Systems, das Gewinne für eine Religionsgemeinschaft nur auf Kosten der anderen verspricht, und in dem Kabinett, Parlament und Administration von bestimmten traditionellen Familien beherrscht wird, fällt es diesen Familien nicht schwer, Politik und Märkte in Allianz mit einigen Vertretern der Bourgeoisie zu monopolisieren. Gleichzeitig konnte sich diese herrschende Klasse Steuerhinterziehung, Übergriffe und Protektionismus erlauben. Vor dem Krieg prägten die traditionellen Kräfte der Großbourgeoisie und Feudalherrn das politische Leben mit ihren gemeinsamen Interessen und übten Klientelismus aus. Im Krieg kopierten die Milizenchefs diese Praktiken und bauten sie aus. Sie hatten gemeinsame Interessen, die Gesellschaft zu versklaven und den Staat auf ein Minimum zu reduzieren. Sie schufen alle Arten von „Klientelismus“ bis zur Gründung von Zivilverwaltungen“, die die Funktionen des brachliegenden Staates ausübten.

Es ist offensichtlich, dass die korrupten Milizen- und Parteiführer bei Einsetzung des Staats nach dem Ta'if-Abkommen nichts verloren haben. Sie herrschten während des Kriegs, waren seit 1984 in den Regierungen und Verwaltung und blieben nach dem Abkommen bis heute, wie Junblatt, Berri, Jumaiyel, Aoun, Geagea, und zwar in neuen politischen und wirtschaftlichen Formen. Sie setzten ihren damalige Beraubungspolitik fort unter gehobenen Parolen wie Reform und dem gerechten Staat. Rafiq Hariri selbst verkörperte die Funktion des businessman und Premierministers. Er war größer als der Staat. Es ist wahr, dass ein Drittel der Mitglieder des neuen Parlaments nun auch der jungen Generation angehört, sie bewegen sich aber innerhalb der Philosophie ihrer traditionellen Führer oder Milizen.

Obwohl der Libanon viele Führer erlebte, sehe ich das schlimmste Problem in der fehlenden Führungselite im Libanon. Aufgrund des Konfessionalismus ist die libanesische Gesellschaft unfähig, eine neue politische Klasse zu schaffen, die nicht oder wenigstens nicht nur in konfessionellen und klientelistischen Bahnen denkt. Die Parteien, die vor dem Krieg gegründet wurden, konnten auch keine Veränderung mitbringen. Sie blieben an jeweils einen einzigen Führer gebunden. Hizbullah ist dabei eine Ausnahme, vielleicht als einzige Gruppe eine richtige Partei-Institution. Sie praktiziert heutzutage dagegen nicht einfach nur Klientelismus, sondern übernimmt gleich ganz die Funktion des Staates für die meisten Schiiten: durch die Dienste, die sie anbietet mit iranischen Geldern, wie Entschädigung der Bürger des südlichen Teil von Beirut, oder Wiederaufbau der zerstörten Häuser, oder durch ihre Entscheidungen im Namen der schiitischen Bevölkerung, und *last not least* durch ihre Waffen, indem sie ihre Kontrolle den Gebieten auferlegt, die sie beherrscht. Die Amal-Bewegung von Nabih Berri wurde marginalisiert und ist von Hizbullah abhängig.

Libanon als Arena von Regionalkonflikten

Das konfessionelle System und das Fehlen einer gemeinsamen nationalen Identität machten den Libanon für ausländische Einflüsse zugänglich. Je größer die inneren Widersprüche, desto aktiver wurden äußere Einflüsse im Lande. Jede Religionsgruppe versucht, sich durch eine Allianz mit dem Ausland Einfluss zu sichern: mit den Syrern, den Israelis, Iranern, Saudis, Amerikanern usw. Solche Allianzen sind in der Geschichte Libanons nicht neu. Am Vorabend des Kriegs 1975 war das Ausland wieder bestimmend geworden und die Libanesen spalteten sich zwischen den Palästinensern, Syrien und Israel, und dadurch wurde die Konsens-Demokratie des Nationalpakts lahm gelegt. Die beiden letzteren Staaten haben den Libanon in der Vergangenheit bis heute instrumentalisiert. Heute tun der Iran und die USA es ihnen gleich, sodass der Libanon auch nicht das geringste Maß politischer und institutioneller Stabilität erreichen konnte. Auf diese Weise gibt es heute zwei politische Gruppierungen: die Opposition, die mit Syrien und Iran kollaboriert, und die Mehrheit, die USA, Saudi Arabien und Ägypten nahe steht. Bemerkenswert ist auch die ideologische Auseinandersetzung zwischen den beiden Fronten. Vor dem Krieg und währenddessen plädierten die Muslime für Arabismus, im Gegensatz zum „Libanismus“ der Maroniten. Obwohl das Ta'if-Abkommen die arabische Identität und Zugehörigkeit Libanons bestätigt hat, streiten sich die Libanesen heutzutage eher um Islamismus oder Libanismus: d.h. zwischen Christen, sunnitischen Muslimen und Drusen einerseits, die nach dem Mord von Hariri den „syrischen“ Arabismus ablehnen, und Islamisten, vorwiegend Schiiten unter der Führung von Hizbullah, andererseits. Diese Partei folgt der Wilayat Al-Faqih Irans und erkennt den Libanon nur formell an.

Seit der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Hariri am 14. Februar 2005 wurde der Libanon noch anfälliger für ausländische Einflüsse. Während des Libanonkriegs und danach hatte Syrien freie Hand, seine Hegemonie im Land auszuüben. Nach seinem Rückzug aus dem Libanon und dessen Isolation und dem Bündnis des syrischen Regimes mit Iran verschärfte sich der Konflikt der ausländischen Mächte. Heutzutage verdeutlicht sich der Konflikt zwischen Riad und Damaskus und spiegelt sich in den Konflikten in Tripolis wieder: Zwischen Sunniten der Zukunfts-Bewegung, unterstützt von den Saudis, und den Alawiten, die Syrien nahe stehen. Eine Normalisierung der Lage im Libanon, sollte Damaskus, nach syrischer Ansicht, freie Hand im Libanon erringen. Zwischen 1976 und 2005 war der Libanon Syriens Einflusszone. Eine diplomatische Anerkennung Libanons durch

Syrien bedeutet nicht, dass Syrien die Unabhängigkeit Libanons tatsächlich anerkennt. Libanon damals wie heute war strategisch und sicherheitspolitisch Teil syrischer Ausdehnung. Daher leistet Syrien hartnäckigen Widerstand gegen seine Isolierung durch die Amerikaner und konnte mit Iran das amerikanische Vorhaben in der Region beschwächen.

Nach dem Doha-Abkommen, in dem die Opposition die Sperrminorität im neuen gebildeten Kabinett errungen hat, und der Wahl des Staatspräsidenten, warten die Syrier und ihre libanesischen Verbündeten auf die Wahlen von 2009, in der Hoffnung, danach die endgültige Hegemonie über das Land zu gewinnen. Syriens Absicht ist, dass Hizbullah ihre Waffen behält, dadurch ein Druckmittel gegen Israel bleibt, und dass der Libanon weiterhin, wie früher, ein Konflikt- und Kompromissfeld bleibt. 1976 marschierten die Syrer im Libanon ein im Einvernehmen mit Israelis und Amerikanern. Es könnte sein, dass Syrien heute Verhandlungen mit Israel auf Kosten des Libanon führt. Syrien und Iran sind auch nicht an einer Rückgabe der Schiba' Farmen an den Libanon interessiert, weil die Hizbullah dadurch einen Vorwand für ihre Bewaffnung verlieren würde. Diese Partei erklärte, dass sie gegen die Einstellung der Farmen unter der Obhut der UN sei. Israel seinerseits beharrt auf der Entwaffnung Hizbullahs, betrachtet ihre Waffen als Ergänzung der Waffen der Hamas, wodurch israelische nationale Sicherheit bedroht ist. Schließlich ist der Iran heute im Libanon und dem Irak am stärksten. Das führt zu der These, dass eine Übereinkunft zwischen dem Iran und den USA über das iranische Atomprogramm eine Lösung des libanesischen Problems nach sich zöge, bzw. das Ausbleiben einer solchen Übereinkunft Sprengstoff für die Lage im Libanon bedeutet.

Waffen außerhalb der Souveränität des libanesischen Staats

Die Schwäche des libanesischen Staats macht ihn unfähig, seine Souveränität und Sicherheit zu verteidigen. Das verdeutlicht sich zwischen 1958 und 1975. Gegenüber einer lahmgelegten libanesischen Armee brachte die islamische militärische Opposition im Jahre 1958 einen Teil des Landes unter ihre Kontrolle. Zwischen 1969-1990 ermöglichten die Waffen, einen palästinensischen Staat innerhalb des libanesischen Staats aufzubauen, und den Milizen, ihre Kantone zu gründen. Außerdem war der Libanon während des Kriegs unter militärischer Kontrolle der Syrer und Israelis.

Heute wiederholen sich diese Erscheinungen. Hizbullah lehnt ihre Demilitarisierung oder Integration unter dem Oberkommando der Libanesischen Armee ab. Die Schwäche der libanesischen Armee hilft Hizbullah die Beibehaltung ihrer militärischen Struktur zu legitimieren. Viele Libanesen betrachteten diese Waffen, spätestens seit der Befreiung des Südlibanon von den Israelis im Jahr 2000, als illegal. Obwohl sich die Waffen Hizbullah von den palästinensischen Waffen unterscheiden, bleiben sie trotzdem Waffen außerhalb der Staatssouveränität. Nach dem zivilen Ungehorsam, geführt von der Hizbullah (Nov. 2006 bis Juli 2008), den Zusammenstößen in der Arabischen Universität von Beirut im Jan. 2007, und bei der Kirche von Mar Michael ein Jahr später, als schiitische Anhänger der Hizbullah von der Armee beschossen wurden und daraufhin einige Offiziere und Soldaten vor Gericht stehen mussten, war klar, dass die Armee darauf verzichten wird oder nicht in der Lage ist, in innere Konflikte einzugreifen. Während all dieser Ereignisse, vor allen zuletzt in der Invasion von West Beirut im Mai d.J. sowie dem Angriff auf das drusische Schufgebiet im Mai dieses Jahr, fand sich die Armee in einem Dilemma: entweder sie interveniert und riskiert dadurch eine konfessionelle Spaltung, oder sie bleibt neutral und liefert die Bürger somit der Gnade der Bewaffneten aus, die sich dann selbst nur noch mit

Waffen verteidigen konnten. Auf diese Weise fungiert die Armee nur noch als Beobachter der militärischen Ausschreitungen im Lande.

Am wichtigsten, vielleicht am schlimmsten, war die militärische Alleinentscheidung Hizbullahs bei der Entführung der beiden israelischen Soldaten im Juli 2006. Mit ihren Waffen konnten sie im Mai d.J. die endgültige politische Entscheidung zugunsten der Opposition erringen, welche sich im Doha-Abkommen widerspiegelt.

Schlussfolgerungen

Meine Präsentation hat bewiesen, dass das konfessionelle System damals und heute, die Schwächen des libanesischen Staats, die unveränderte politische Elite, die Waffen außerhalb der Staatssouveränität sowie die Intervention des Auslands, die Faktoren für Spaltungen, Unruhen und Kriege waren/sind. Die Libanesen hatten tatsächlich durch das Ta'if-Abkommen eine Möglichkeit, sich vom Konfessionalismus zu befreien, hätten sie und vor allem Syrien das gewollt. Daher ist die Frage, taugt dieses Abkommen immer noch, oder erwartet es das gleiche Schicksal wie der Nationalpakt? Brauchen die Libanesen einen neuen Krieg, um eine neue Verständigung erreichen zu können? Im Jahre 1976 fand der Nationalpakt keine Unterstützung, weder von den Christen noch von den Muslimen. Heute ist das Ta'if-Abkommen durch die Sperrminorität verletzt, die Rückkehr zum Wahlgesetz von 1960 verstärkt den Konfessionalismus. General Aoun fordert auch eine Änderung des von ihm in den Jahren 1989-1990 abgelehnten Tarif-Abkommens, mit dem Vorwand, dass die Christen dadurch viel an Macht verloren. Auch einige christliche Politiker des Bündnisses 14. März vertreten die gleiche Meinung. Hizbullah war im Jahre 1989 gegen das Abkommen und die konfessionelle Machtaufteilung 50-50, verlangte die Mehrheitsdemokratie. Mit der Erringung der Sperrminorität in der Regierung, entgegen dem Tarif-Abkommen, und die bestrebte Drittelaufteilung, haben Hizbullah und ihre Anhänger nun den ersten Schritt zur Vernichtung dieses Abkommens getan. Mit Hilfe ihrer Waffen hat Hizbullah den Staat in der Hand, falls sie nicht ihren eigenen schiitischen Staat gründen wollen oder konnten.

Wenn das Ta'if-Abkommen den Libanon an Syrien ausgeliefert hatte, hat das Doha-Abkommen den Libanon nun an die Hizbullah ausgeliefert? Die Kardinalfrage bleibt offen: Wie kann man ein konfessionelles System zugunsten eines modernen Staats abschaffen, ohne die Christen zu marginalisieren, die sich vor der islamischen Mehrheit fürchten? Mit anderen Worten: Wie kann man die Libanesen dazu bringen, sich nicht in erster Linie als Konfessionen und Sekten, sondern als Kinder eines Heimatlands Libanon anzusehen, damit der Libanon gefestigt wird, Interventionen des Auslands standhalten, und gleichzeitig Bürgerkriege, Teilungsprojekte, Föderalisierung und Ansiedlung der Palästinenser verhindern kann.

Es ist selbstverständlich, dass das Ta'if- Abkommen nicht untastbar ist. Die Libanesen können sich über andere Regierungsformen einigen. Welchen Weg müssen sie dann einschlagen? Nach meiner Meinung kann eine politische Lösung des Libanondilemmas nur durch die Stärke des Staats und nicht durch Waffenstärke und konfessionelle Gruppierungen erfolgen. Ich habe öfter überlegt, ob ein gerechtes Wahlgesetz sowie ein richtiges Parteienleben dazu führen können. Nach dem Doha-Abkommen und der Rückkehr zum Wahlgesetz von 1960 sowie dem Fehlschlag der Bewegung von 14. März bin ich sehr skeptisch und fürchte tatsächlich einen Zusammenbruch des Libanon.

Begriffsklärungen

Groß Libanon (Grand Liban) 1920	Gegründet von der französischen Mandatsmacht 1920, bestehend aus dem Bezirk Mont Liban + Gebieten, die zu den osmanischen Provinzen Beirut und Damaskus gehörten
Der Nationalpakt 1943	Mündliche Vereinbarung zwischen Präsident Bischara al-Khuri (Maronit) und Premierminister Riyad al-Sulh (Sunnit) für Koexistenz und Zusammenarbeit von Christen und Muslimen. Aufteilung der Ämter im Proporz doch zugunsten der Christen. Die Religionsgemeinschaften versprachen, weder westliche Protektion zu suchen (Maroniten) noch Anschluss an Syrien oder eine arabische Union (Muslime)
Konsens-Demokratie	Politisches System von pluralistischen Gesellschaften wie Libanon, in dem Entscheidungen nur durch Verhandlungen und Übereinstimmung getroffen werden
Ta'if-Abkommen 1989	Vereinbarung in Saudi Arabien zwischen den libanesischen Abgeordneten für Beendigung des Kriegs. Es entzog dem Staatspräsidenten (Maronit) viele seiner Befugnisse zugunsten des Ministerrats, teilte die Macht / Administration zwischen Muslimen und Christen 50 zu 50 auf, und bestärkte die syrische Präsenz im Lande.
„Troikapolitik“ 1992-98	Konfessioneller Wettbewerb und Streit zwischen den höchsten drei Ämtern: Präsident (Christ), Ministerpräsident (Sunnit) und Parlamentssprecher (Schiit)
Ournat-Schihwan	Politische Bewegung, hauptsächlich Maroniten, die für den Abzug der syrischen Armee aus dem Libanon und gleichzeitig für eine Stärkung der christlichen Interessen eintrat
Doha-Abkommen, 20. Mai 2008	Abkommen zwischen der libanesischen Opposition und der Mehrheit betr. eines Kompromisses für die Beendigung der Schlacht von Beirut. Das Abkommen gab der Opposition viele Vorteile und Gewinne, vor allem die Sperrminorität
<i>Wilayat al-Faqih</i>	Iranische sozio-politische religiöse Theorie, wonach die politische und religiöse Macht in der Person des Imams verkörpert ist

Schiba' Farmen	Libanesisches Territorium unter israelischer Besatzung. 1967 von der UN als zu Syrien gehörig betrachtet
Opposition von 1958	Islamische Kräfte, die gegen den Staatspräsidenten Chamoun aufgestanden waren und von der Vereinigten Arabischen Republik (Syrien und Ägypten) unterstützt wurden
Ziviler Ungehorsam	zielt auf den Sturz der Regierung Sanyora ab
„Drittelaufteilung“	Verteilung der Macht und Regierungsämter unter den drei Hauptgemeinschaften, wonach die Schiiten ein Drittel, Sunniten und Drusen ein anderes Drittel und die Christen das letzte Drittel erhalten. Diese Aufteilung ist gesetzeswidrig.